

Hessisches Bildungssystem

- 4 *Neues Team für glb-Öffentlichkeitsarbeit*
- 4 *Das hessische Bildungssystem zwischen Anspruch und Wirklichkeit.*
- 7 *Inklusive Berufsbildung und individuelle Förderung*
- 9 *50 Jahre HAB*



Gewerkschaft für
berufliche Bildung
im Deutschen
Beamtenbund
(DBB)



Deutscher
Lehrerverband
Hessen



Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer
an beruflichen Schulen in Hessen e.V.



**Zeitschrift des Gesamtverbandes der Lehrerinnen
und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e.V.**

I N H A L T *Ausgabe Oktober 2015*

3 *Vorwort*

4 *Aktuelles*

- _ Neues Team für die Öffentlichkeitsarbeit des glb
- _ Das hessische Bildungssystem zwischen Anspruch und Wirklichkeit
- _ Inklusive Berufsbildung und individuelle Förderung Stellungnahme und Positionierung des glb
- _ 50 Jahre HAB -
50 Jahre Fachlehrerinnen und Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer in beruflichen Schulen

10 *Senioren*

- _ Seniorentreffen 2015 in Bad Nauheim

13 *Aus den Kreisverbänden*

- _ Kreisverband Wiesbaden/Rheingau-Taunus
Mitgliederversammlung im Schlachthof

14 *Eine berufliche Schule stellt sich vor*

- _ Wilhelm-Knapp-Schule Weilburg

16 *HPRL*

- _ dlh-Nachrichten IV-2015

I M P R E S S U M

Zeitschrift des Gesamtverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V.

Herausgeber:

Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V. Lothringer Straße 3–5,
63450 Hanau, Telefon (06181) 25 22 78, Telefax (06181) 25 22 87, E-Mail glb.hessen@t-online.de

Gestaltung/Druck:

gds Steiner GmbH
Philipp-Reis-Straße 3, 63755 Alzenau, Telefon 06023-97950, Telefax 06023-979550, E-Mail info@gds-steiner.de

Redaktion:

Dr. Christian Lannert, Thomas Kramer, Wenzel Preis, E-Mail glb-hessen@t-online.de

Manuskripte:

Berichte oder Manuskripte werden gern entgegengenommen. Mit der Einsendung bestätigt der Verfasser, dass die Vorlage frei von Rechten Dritter ist. Die Redaktion behält sich eine Veröffentlichung, eine Auswahl, eine Kürzung oder eine redaktionelle Zusammenfassung vor bzw. berichtet über Inhalte. Für die Inhalte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge decken sich nicht unbedingt mit der Meinung des glb und dessen Redaktion. Honorare werden keine vergütet. Für Druckfehler wird keine Haftung übernommen. Der Verfasser stimmt einer Veröffentlichung der Impulsausgabe auf der Homepage zu und gestattet den Versand der Ausgabe mit E-Mail.

Erscheinungsweise:

4-mal jährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

ISSN:

1869-3733

Liebe Verbandskollegen,

nach diesem schönen Sommer heißen wir euch alle willkommen im neuen Schuljahr.

Dieses neue Schuljahr wird jedoch - wenn die Temperaturen auch weiter sinken - nicht weniger hitzig wie die mitteleuropäische Sommerwärme in diesem Jahr. Im Wesentlichen ist der glb - abgesehen von unserem Kerngeschäft - besonders in drei Teilbereichen gefragt.

So sind bezüglich unserer Arbeitsbedingungen einige "Baustellen" noch offen. Über den DBB klagen wir immer noch für eine Verbesserung der Besoldung in Hessen. Des Weiteren kämpfen wir - erneut - gegen eine Verschlechterung der Beihilfeverordnung. Wir wissen, dass euch diese beiden Themen besonders am Herzen liegen und werden alles daran setzen dort eine Entscheidung zu erwirken, die unsere - zunehmend schwieriger werdende - Arbeit in angemessenem Maß würdigt.

Auch steht im Frühjahr des folgenden Jahres eine Vertreterversammlung mit Neuwahlen an. Dank intensiver Arbeit des Landesvorstandes konnten für die vakanten Bereiche vielversprechende Kandidaten gefunden werden, welche in hohem Maße geeignet sind, die Interessen unserer Mitglieder politisch und gesellschaftlich zu vertreten.

Schließlich stehen die Personalratswahlen wieder vor der Tür und diese müssen sinnvoll geplant und mit Personen besetzt werden. Auch gilt es wieder den "Spagat" zu schaffen zwischen der Verdeutlichung des Alleinstellungsmerkmals "glb" zu der Darstellung von uns in dem schlagkräftigeren Konstrukt (...der GLB im..) "DLH" zusammen mit HPHV und VDL. In diesem Rahmen danke ich jetzt schon allen, die sich auf Landes-, Kreis- oder Schulebene als Kandidat einbringen oder in der Organisation mithelfen.

Wir wünschen allen Kollegen, dass sie ausgeruht und gestärkt aus den Sommerferien gekommen sind. Auf das wir alle mit viel Elan und Kraft die für das kommende Schuljahr gesteckten Ziele erreichen.

Ihre Regionalvertreter

Hans-Georg Walka, Bertram Böhser, Thomas Kramer



In eigener Sache

Versand der Impulse als PDF

Auf vielfache Nachfrage ist es nun möglich, die Impulse zukünftig als PDF zu erhalten.

Bitte mailen Sie uns dazu folgende Angaben an die Geschäftsstelle unter:

glb-hessen@t-online.de

Name Wohnort

Vorname Postleitzahl

Straße

Sollten Ihre Adressdaten unvollständig oder nicht korrekt sein, bitten wir um Korrektur oder Ergänzung

Ich möchte zukünftig die Impulse als PDF via E-Mail erhalten.

Bitte senden Sie mir diese an folgende E-Mail-Adresse:

In eigener Sache:

Neues Team für die Öffentlichkeitsarbeit des glb

Ab dieser Ausgabe 3/2015 ist ein neues Team für die Öffentlichkeitsarbeit des glb und die Redaktion der Impulse verantwortlich: Ute Molden (Soziale Netzwerke), Alexander Koch (Webauftritt), Dr. Christian Lannert (Verbandszeitschrift).

Sie treten die Nachfolge von Theresa Rohde an, die damit Ihr Amt als Beisitzerin für Öffentlichkeitsarbeit weitergibt. Der glb bedankt sich ganz herzlich für ihr Engagement!

Alle Schulen bekommen mehr?

Das hessische Bildungssystem zwischen Anspruch und Wirklichkeit

VON UTE ANNA MOLDEN

„Alle Schulen, ganz gleich welcher Schulform sie angehören, erhalten [...] mehr! Bisher haben Schulen einen unterschiedlichen Ausstattungsgrad im Hinblick auf die Unterrichtsversorgung. Nunmehr erhalten alle Schulen eine mindestens 104-prozentige Unterrichtsversorgung, alle Selbstständigen Schulen eine mindestens 105-prozentige Unterrichtsversorgung. D.h. alle Schulen bekommen mehr.“ (Hessisches Kultusministerium, 2013).

Bekommen wirklich alle Schulen, ganz gleich welcher Schulform sie angehören, mehr? Ab dem Schuljahr 2015/2016 verschlechtert sich die Lehrerzuweisung für die gymnasialen Oberstufen und die Beruflichen Gymnasien in Hessen spürbar. Sie sind von erheblichen Einschnitten in der Unterrichtsversorgung betroffen. Anstelle des bisher einheitlichen schülerbezogenen Faktors für die gesamte Oberstufe tritt jetzt ein nach Einführungs- und Qualifikationsphase differenzierter und deutlich reduzierter Zuweisungsfaktor. Die Kürzungen erfolgen schrittweise bis zum Schuljahr 2017/2018. An den Beruflichen Gymnasien sinkt ab dem nächsten Schuljahr die Lehrerzuweisung in der Einführungsphase um 7,9% und in den darauffolgenden Jahren um jeweils 4,1% in den Qualifikationsphasen. In den allgemeinbildenden Gymnasien um 7,8% bzw. 4,5%. Zeitlich gestaffelt stellen sich die Kürzungen in den Beruflichen Gymnasien in den kommenden Schuljahren wie folgt dar:

Schuljahr	Jahrgangsstufe 11	Jahrgangsstufe 12	Jahrgangsstufe 13
2015/16	1,67805	1,8216	1,8216
2016/17	1,67805	1,74735	1,8216
2017/18	1,67805	1,74735	1,74735

(Hessisches Kultusministerium, 2015)

Die geplante Absenkung der Anrechnungsfaktoren für die gymnasiale Oberstufe für das kommende Schuljahr passt nicht in eine Zeit, in der die Landesregierung proklamiert, dass die Lehrerzuweisung so gut sei wie noch nie zuvor und der Personalbereich der Lehrerstellen der einzige der Landesverwaltung sei, der im Zuge der Haushaltskonsolidierung unangetastet bleibe (Land Hessen, 2015). So verwundert es nicht, dass sich nach dem Bekanntwerden der Pläne der Landesregierung 1.400 Schülerinnen und Schüler unter der Schirmherrschaft des Bergsträßer Landrats Matthias Wilkes in Bensheim versammelten, um gegen die geplanten Stellenkürzungen in der gymnasialen Oberstufe zu protestieren. Eine diesbezügliche Online-Petition der Landeserschülervertretung Hessen verzeichnet jetzt bereits mehr als 27.000 Unterstützer.

Begründet werden die massiven Einschnitte in den Gymnasien mit neu zu bewältigenden Herausforderungen in vier ohne Frage bedeutsamen bildungspolitischen Bereichen der hessischen Schullandschaft. Diese neuen Handlungsfelder sind:

- die Ausweitung des Ganztagsschulangebots („Pakt für den Nachmittag“),
- die Aufstockung der sozialindizierten Lehrerzuweisung,
- der Ausbau von Intensivmaßnahmen zur Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund,
- die Intensivierung von sonderpädagogischer Förderung im Rahmen der Inklusion.

Aber gerade da diese Handlungsfelder bedeutend für die Zukunft des Landes Hessen sind, müssen sie mit ausreichenden zusätzlichen Ressourcen ausgestattet werden. Diese Ressourcen sollte der Hessische Landtag, der Bedeutung dieser Aufgaben Rechnung tragend, in Form

zusätzlicher Mittel in den Haushalt einstellen. Neue Aufgaben erfordern ein mehr an Input und können auch unter Berücksichtigung der demografischen Rendite nicht von den vorhandenen Lehrkräften geschultert werden. Wenig

hilfreich ist es, die Schulformen gegeneinander auszuspielen und/oder der breiten Öffentlichkeit durch für sie nur schwer überprüfbare Berechnungen Sand in die Augen zu streuen.

Auf eine Kleine Anfrage im Hessischen Landtag äußerte die Landesregierung sich zu den für die Umsetzung der vier Ziele benötigten Ressourcen wie folgt: „Stellenressourcen, die hierfür benötigt werden, müssen - da die demografische Rendite allein dafür nicht ausreichen wird - aus anderen Bereichen umgelenkt werden. Dies erfordert eine besonders effiziente und gerechte Verteilung der begrenzten Ressourcen. Das Hessische Kultusministerium hat sich für eine behutsame Umlenkung von Stellenressourcen über mehrere Jahre entschieden. Die Änderung bei der Zuweisung im Bereich der gymnasialen Oberstufe wurde sehr sorgfältig unter dem Aspekt der Bildungsgerechtigkeit untersucht.“ (Hessischer Landtag, 2015)

Eine genauere Analyse der Zusammenhänge zeigt, dass trotz der vom Kultusministerium zugesagten 104 bzw. 105 Prozent eine faktische Stellenkürzung an den betroffenen Schulen durchgeführt wird. Da sich der Aufschlag der Stellenzuweisung auf die Grundversorgung bezieht, gibt es zwar nach wie vor einen Zuschlag, dieser bezieht sich jedoch auf eine weitaus geringere Grundunterrichtszuweisung. Summarisch ergibt sich daher ab dem Schuljahr 2017/2018 an den Beruflichen Gymnasien eine Kürzung der öffentlichkeitswirksam kommunizierten Stundenzuweisung von 104% auf tatsächliche 98,6% (nach alter Berechnungsrundlage). Auch wenn im Gesamtsystem keine Stellen für schulische Bildung gestrichen werden, findet eine Umverteilung zu Ungunsten der Gymnasien statt. Dies ist eine Politik gegen das Gymnasium und es stellt sich die Frage, inwiefern eine derartige Kürzung im Oberstufenbereich lediglich eine „behutsame Umlenkung von Stellenressourcen“ darstellt.

Praxisbeispiel eines Beruflichen Gymnasiums

Ein Beispiel mag die Auswirkungen für ein Berufliches Gymnasium verdeutlichen: Die Oberstufe hat eine Größe von 410 Schülerinnen und Schülern. Bis zum 1.1.2015 wurden in diesem Fall 747 Wochenstunden zugewiesen, die 29,9 Lehrerstellen entsprachen. Ab dem Schuljahr 2017/2018 gibt es für diese Oberstufe nur noch 706 Wochenstunden oder 28,3 Lehrerstellen. Dies ist ein Minus von 41 Lehrerstunden oder 1,6 Lehrerstellen, also eine um 5,4% geringere Lehrzuweisung bereits in zwei Jahren.

Die Kürzungen werden nicht nur einen Qualitätsverlust in der Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen in Beruf, Hochschule und Gesellschaft bewirken, sondern auch einen ganz persönlichen Einschnitt in die individuellen Lehr- und Lernbedürfnisse von hessischen Schülerinnen und Schülern.

Einheitsbrei statt Vielfalt?

Durch die spürbare Kürzung der Stellenzuweisung wird es künftig nicht mehr möglich sein, ein so breit gefächertes Kursangebot wie bisher aufrechtzuerhalten. Kleinere naturwissenschaftliche Kurse wie Informatik oder Physik können nur noch begrenzt angeboten werden, obwohl gerade die Förderung der MINT-Fächer politisch gewollt und gesellschaftlich sowie ökonomisch dringend erforderlich ist. Nicht nur Wirtschaftsverbände fordern mehr Ingenieure und Informatiker. Sprachkurse mit geringen Schülerzahlen wie Spanisch oder Latein könnten in Zukunft nicht mehr zustande kommen oder nur zu Lasten anderer, dann größerer Kurse. Auch Wahlangebote wie Theaterkurse, Musik- oder Kreativkurse, die die Schülerinnen und Schüler in ihren individuellen Stärken und Neigungen fördern sollen, können perspektivisch von den Gymnasien nicht mehr im bisherigen Umfang abgedeckt werden. Die Folge ist eine Verarmung der Diversität der Kursangebote.

Standardisierung statt Individualisierung?

Größere Lerngruppen sind z. B. in den Fremdsprachen und in Förderkursen weder pädagogisch sinnvoll noch sachgerecht. Hinzukommt in den Beruflichen Gymnasien die große Heterogenität der Lernenden, die von verschiedensten abgebenden Schulen kommen. Diese Heterogenität erfordert die intensive, auf den unterschiedlichen Lernbiografien aufbauende Förderung der Schülerinnen und Schüler, was eine entsprechende Ausstattung mit Ressourcen unabdingbar macht. Kann die individuelle Förderung, die schwächeren Schülerinnen und Schülern das Erlangen der Allgemeinen Hochschulreife und somit den Zugang zu Studium und Beruf ermöglicht, nicht mehr angeboten werden, wird dies zu Reibungsverlusten beim Übergang von der Schule in die Erwerbstätigkeit führen. Eine Kürzung der Stellenzuweisung widerspricht somit nicht nur den allgemeinen Qualitätskriterien der Pädagogik, sondern auch den besonderen Bedingungen, unter denen Lernen in der Oberstufe stattfindet.

Masse statt Klasse?

Eine geringere Stellenzuweisung wird zu größeren Kursen führen. Das Kultusministerium rechnet hierbei mit statistischen Durchschnittswerten. So stelle „der neue Faktor rechnerisch eine Erhöhung der Kursgröße um nur ca. eine Schülerin oder einen Schüler dar“ (Aussage im Hessischen Landtag, 2015). Diese Aussage lässt eine gewisse Unkenntnis oder ein Ignorieren der schulischen Wirklichkeit erkennen. Statistische Durchschnittswerte haben wenig Aussagekraft hinsichtlich der tatsächlichen Kursgrößen. Werden kleine oder schwächer belegte Kurse weiterhin angeboten, werden die Kursgrößen in anderen Kursen nicht durchschnittlich um „nur einen Schüler“ größer, sondern z. T. stärker ansteigen, da insgesamt weniger Lehrerstunden verfügbar sind und damit weniger Kurse angeboten werden können. Diese systemimmanente Streuung ist bei der Analyse der Effekte einer Kürzung nicht ausreichend beachtet worden und somit wird diese der Realität in den gymnasialen Oberstufen nicht gerecht. →

Stunden verwalten statt Schule gestalten?

Den Oberstufen werden individuelle Gestaltungsfreiräume für Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität und zur Schulentwicklung entzogen. Bei der Organisation des Unterrichts muss in Zukunft ein stärkerer Fokus auf die Stundenzuweisung gelegt werden und schulindividuelle operative oder langfristige strategische Planungen sind in ihrer Realisierung nur eingeschränkt möglich.

Fazit

Ohne Frage erfordern neue Herausforderungen wie die Ganztagschule, die Inklusion, Deutschfördermaßnahmen und die Einrichtung eines Sozialindex weitere Ressourcen. Das Erreichen dieser wichtigen Ziele darf jedoch nicht zulasten der Qualität in der Ausbildung hessischer Gymnasiasten und Gymnasiastinnen geschehen. Die bisherige erfolgreiche individuelle Arbeit der Schulen darf nicht durch veränderte Rahmenbedingungen untergraben werden. Neue und zusätzliche Angebote müssen durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel und damit auch durch Stellenausweitungen abgedeckt werden. Die geplante Umlenkung der Ressourcen in dieser Form ist weder behutsam, noch effizient, noch sachgerecht.

Die Landesregierung sagte 2013 allen Schulen Gestaltungsmöglichkeiten wie zusätzliche Unterrichtsangebote, die Einrichtung kleinerer und flexibler Lerngruppen sowie Förderunterricht zu (Hessisches Kultusministerium, 2013).

Vergleicht man die Auswirkungen in der Praxis mit dem im Jahr 2013 versprochenen Nutzen der zusätzlichen Unterrichtszuweisung, so lässt sich erkennen, dass die den Schulen zugesicherte Freiheit und die damit verbundene individuelle Schwerpunktsetzung und Förderung durch den neuen Erlass nicht nur wieder zurückgenommen wird, sondern die gymnasialen Oberstufen mit einer tatsächlichen Lehrerzuweisung

von 98,4% bzw. 98,6 % im Vergleich zum Status Quo schlechter dastehen. Eben jene Ziele, die durch die erhöhte Lehrerzuweisung in ihrer Erreichung gefördert werden sollten, rücken durch den reduzierten Zuweisungsfaktor in weite Ferne.

Die Landesregierung selbst beschreibt ihre Schwerpunktsetzung in der Bildungspolitik folgendermaßen: „Jede Investition in die Köpfe unserer Kinder zahlt sich am Ende mehrfach aus. Deshalb steht die Koalition von CDU und Grünen dafür, dass wir im Lehrerbereich keine Stelle einsparen, dass wir die Qualität des Unterrichts [...] weiter stärken und dass wir den Schulgemeinden insgesamt eine verlässliche Orientierung bieten“ (Hessisches Kultusministerium, 2014).

Der glb fordert die Landesregierung und das Kultusministerium auf, ihrem eigenen Anspruch an die Qualität von Bildung gerecht zu werden. So muss die Absenkung der Zuweisungsfaktoren für gymnasiale und berufliche Oberstufen umgehend zurückgenommen werden. Dafür wird sich der glb im Schulterschluss mit den anderen Lehrerverbänden im dlh mit Nachdruck einsetzen. ←

Nachweise:

Hessisches Kultusministerium (2013): „Kultusministerin Nicola Beer: „Alle Schulen bekommen mehr“

Ab dem 01.08.2013 105% Unterrichtsversorgung im Landesdurchschnitt- Sozialindex wird eingeführt“. Presseinformation vom 06.02.[2013].

Hessisches Kultusministerium (2015): „Auszug aus dem Schreiben des Hessischen Kultusministeriums vom 27. April 2015: Erläuterungen zur Zuweisung des Schuljahres 2015/16“, abgerufen unter: http://www.gew-hessen.de/fileadmin/user_upload/themen/stellenzuweisung/150427_auszug_schreiben_hkm_zuweisung.pdf am 20.07.[2015].

Land Hessen (2015): „Der Bildungsbereich bleibt von den Sparmaßnahmen unberührt“, abgerufen unter <https://www.hessen.de/regierung/ein-jahrschwarz-gruen/bildung-investition-die-zukunft/schule> am 20.07.[2015].

Hessischer Landtag (2015): „Kleine Anfrage der Abg. Degen und Gremmels (SPD) vom 30.04.2015

betreffend Stellenstreichungen in der gymnasialen Oberstufe und Antwort des Kultusministers“. Drucksache 19/1931 vom 29. 05. [2015].

Hessisches Kultusministerium (2014): „Bildungsetat in Hessen auf historischem Höchststand“. Pressemitteilung vom 17.12.[2014].

Die inklusive Schule ist unter anderem ein Ziel der Schulentwicklung aller Schulen, auch der beruflichen Schulen!

Damit gilt auch für die beruflichen Schulen der pädagogische Anspruch, eine Lern-, Lebens-, Arbeitskultur zu schaffen, die jedem einzelnen Menschen - Menschen mit Behinderung eingeschlossen - in seiner ganzen Individualität annimmt und individuell fördert! Dieser Auftrag erwächst aus Artikel 1 der UN Behindertenkonvention, bezogen auf Menschen mit Behinderungen, solche, die „langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilnahme an der Gesellschaft hindern können.“ Dennoch bedeutet Inklusion hier individuelle und manifeste Behinderungen und Beeinträchtigungen in Wechselwirkung mit vorhandenen Barrieren zu sehen, denen es durch die Gestaltung individueller Unterstützungsangebote zu begegnen gilt.

Inklusive Berufsbildung und individuelle Förderung Stellungnahme und Positionierung des glb

VON HEIDI HAGELÜKEN

Individuelle Förderung versteht sich als Anspruch aller Schülerinnen und Schüler, unter Berücksichtigung ihrer individuellen Ausgangslage in der körperlichen, sozialen und emotionalen sowie kognitiven oder sensorischen Entwicklung durch geeignete Lern- und Entwicklungsangebote der Schule einen individuellen Lern- und Entwicklungsfortschritt zu erzielen. Die Förderung erfolgt im Unterricht der heterogenen Lerngruppe und durch abgestimmte besondere Fördermaßnahmen, anknüpfend an den Kompetenzen und Stärken, die die Schülerinnen und Schüler mitbringen. Während spezifische Förderung gemäß der von der AG vorgenommenen Definition im Rahmen der sonderpädagogischen Förderung stattfindet, umfasst der Begriff „Individuelle Förderung“ alle Lernenden. Der GLB versteht Inklusion als das angemessene, nicht

hierarchische, sondern demokratische Eingehen auf die vorhandene Heterogenität aller Schülerinnen und Schüler. Inklusive Berufsbildung darf sich nicht nur auf bestimmte Personengruppen mit dem eigentlichen Ziel der Integration beziehen. Sie muss die individuellen Lernbedarfe und die jeweiligen Lernvoraussetzungen der Jugendlichen, der jungen Erwachsenen ... jedes Einzelnen/jeder Einzelnen zum Ausgangspunkt der individuellen pädagogischen Unterstützungsmaßnahmen machen, die zu beruflicher Handlungsfähigkeit befähigen.

Eine „Berufsbildung für alle“ bedeutet, berufliche Bildungsgänge „vom Jugendlichen her denken“, sie der Öffentlichkeit transparent aufzuzeigen und zu konzipieren.

Der glb sieht als Voraussetzung und Ziel gleichermaßen das Schaffen einer „Inklusionskultur“, die sich prägend auf das Selbstverständnis der Lehrerinnen und Lehrer aller Lehrämter, der betrieblichen Ausbilderinnen und Ausbilder, Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen sowie aller sonstigen Akteure beruflicher Bildung auswirkt und die Fähigkeit zur Selbstreflexion des eigenen pädagogischen Handelns schärft. Die Entwicklung einer Haltung und Einstellung, die „Vielfalt als Chance“ anerkennt und wertschätzt, die die Lern- und Leistungsförderung aller Schülerinnen und Schüler zielführend verfolgt, stellt eine Voraussetzung für die Ausgestaltung einer inklusiven Berufsbildung dar.

Als Gelingensbedingungen benennt der glb: Haltung und Einstellung aller Akteure beruflicher Bildung im Sinne von inklusiver beruflicher Bildung als reflexiven Prozess, Anerkennung von Heterogenität als Normalität, stärkenorientierte/lernprozessbegleitende Diagnostik als Grundlage der Unterstützung des individuellen Lernprozesses aller Lernenden in Schule und Betrieb, Kooperation und Vernetzung zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern aller Schulformen und Schulstufen in den Sekundarstufen I und II mit den beruflichen Schulen, den Hochschulen, mit Eltern, der Arbeitsverwaltung, der Wirtschaft, mit Betrieben, Kammern, überbetrieblichen Bildungszentren, Organisationen und anderen Akteuren beruflicher Bildung, Bereitschaft zur Öffnung für die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams zur Bündelung unterschiedlicher fachspezifischer Kompetenzen, Transparenz von institutionenübergreifenden Gestaltungskonzepten zur beruflichen Orientierung, Vorbereitung, Ausbildung von Jugendlichen und Heranwachsenden sowie zur beruflichen Fort- und Weiterbildung Erwachsener mit curricularen Absprachen, Festlegung von Verantwortlichkeiten und Ressourceneffizienz aller Akteure, Ermöglichung von Transparenz der Kompetenzanforderungen und Kompetenzerwartungen für Lernende in allen beruflichen Bildungsangeboten, Entwicklung von Schullaufbahnprofilen auf der Grundlage subjektbezogener Pädagogik (im Sinne einer ganzheitlichen Berufsbildung) durch Erarbeitung von individuellen Förderkonzepten mit dem Ziel des Einstiegs in eine duale Ausbildung, dem möglichst allgemeine Bildungsnachweise und entsprechende →

Anschlusswege vorausgingen und folgen, Transparenz beruflicher Bildungsangebote, auch mit dem Ziel der Studierfähigkeit. Kenntnis von Kompetenzerwartungen im Rahmen akademischer Berufsblätter verringern Studienabbrüche.

Inklusion in der Schule, auch in der beruflichen Schule, erfordert Geld!

Der glb fordert auf dieser Grundlage:

Unterstützung der beruflichen Schulen, insbesondere der Lehrkräfte unserer beruflichen Schulen durch: entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote, regional ausgerichtete Institutionalisierung von Kooperationen und Zusammenarbeit multiprofessioneller Teams, den Bedingungen der Schulen entsprechende Lehrerzuweisung, Reduzierung der Lerngruppengrößen, um einer individuellen prozessbezogenen Lernbegleitung zeitintensiver entsprechen zu können,

Maßnahmen zur Reduzierung des Fachbedarfs in Mangelfächern, Anpassung der sächlichen Ausstattung unserer beruflichen Schulen mit Blick auf eine inklusive Unterrichts- und Schulkultur, barrierefreier Ausbau von Schulen.

Unterstützung der jungen Erwachsenen und deren Selbstwirksamkeit durch:

Anerkennung von Teilqualifikationen, individuelle Beratung für den nächsten passenden Bildungsschritt, kompetenzorientierte Leistungsnachweise für Auswahlverfahren zur Besetzung von Ausbildungsplätzen und Einstellung, eine phasenübergreifend abgestimmte, auch auf inklusive berufliche Handlungskompetenz vorbereitende Lehrerausbildung. ←

Einladung

Der Vorstand des glb lädt die Delegierten der Kreisverbände zur

Vertreterversammlung 2016

ein.

Beginn: Dienstag, 19. April 2016 um 09:30 Uhr

Ende: voraussichtlich um 17:30 Uhr

**Tagungsort: Bürgerhaus Gießen-Kleinlinden
Zum Weiher 3, 35398 Gießen-Kleinlinden, Tel.: (0641) 2 17 87**

Vorläufige Tagungsordnung:

Eröffnung und Begrüßung
Ehrung verstorbener Mitglieder
Genehmigung der Geschäftsordnung
Wahl der Versammlungsleiterin/des Versammlungsleiters
Wahl der zwei Protokollantinnen/Protokollanten
Feststellung der satzungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
Beschluss über die Tagungsordnung
Genehmigung der Wahlordnung
Rechenschaftsbericht des Vorstandes
Bericht der Kassenprüfer
Entlastung des Vorstandes

Mittagspause
Beschlussfassung über Anträge zur Satzungsänderung
Beschlussfassung über Anträge zur Finanzordnung
Beschlussfassung über sonstige Anträge
Fachbereichsversammlungen mit Wahl der Fachbereichsvorsitzenden und Stellvertreter
Wahl der Vorstandsmitglieder
Verabschiedung des Haushalts
Schlusswort der Vorsitzenden / des Vorsitzenden

Hinweis

Die Delegierten und Ersatzdelegierten müssen auf einer Kreismitgliederversammlung gewählt und bis spätestens 31.01.2016 durch die/den Kreisvorsitzende/n an die glb-Geschäftsstelle gemeldet werden.

50 Jahre HAB - 50 Jahre Fachlehrerinnen und Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer in beruflichen Schulen

VON HEIDI HAGELÜKEN

„Das Maß der Zeit bleibt die Vergangenheit, auch wenn wir für die Zukunft planen.“

(Hatto Egerer)

Die **HAB** verkörpert das **Hessische Modell** zur Vorbereitung auf die Staatlichen Prüfungen für Lehrerinnen und Lehrer der Bürowirtschaft, Informationsverarbeitung, Textverarbeitung. Daneben verfolgte sie die Pflege der Deutschen Einheitskurzschrift, vor allem als Konzept- und Notizschrift. Aufbauend auf die staatlichen Prüfungen ermöglichte das Land Hessen den Einstieg in den Vorbereitungsdienst für Fachlehrerinnen-/Fachlehrer-Anwärter für arbeitstechnische Fächer in der beruflichen Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung. Die erfolgreich bestandene Prüfung an den Studienseminaren für berufliche Schulen führt zur Lehrbefähigung für arbeitstechnischen Unterricht als Bestandteil des berufsbezogenen Unterrichts an beruflichen Schulen in Hessen für eine praxisorientierte berufliche Bildung. Das Maß der Zeit gestattet uns Erinnerungen an Gestalter und prägende Personen der HAB, wie Gründungsmitglied Erna Pfaff, ltd. Ministerialrat a. D. Arnold Höfler, Vorstandsmitglied und Vorsitzender des Kuratoriums, der dem fachpraktischen Unterricht in den hessischen Rahmenplänen einen hohen Stellenwert eingeräumt hat; Oberstudiendirektor a. D. Hermann Bauer, der die Qualität der Prüfungen für Lehrerinnen und Lehrer der Bürowirtschaft, Kurzschrift und Textverarbeitung beeinflusste. Heidi Henschel und Hella Staudt stärkten das Image der HAB über Jahre, nicht nur in Südhessen, seit 1979 auch in Nordhessen mit Ursula Knierim (Fassl), Helga Bettenhausen, Hans-Jürgen Roth, Kornelia Sult und heute Heike Hilbig. So konnten die beruflichen Schulen in ganz Hessen ihren Fachlehrerbedarf für den fachpraktischen Unterricht in der berufsbezogenen Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung decken. Eine phasenübergreifende Ausbildung der Fachlehreranwärterinnen und Fachlehreranwärter war - so die Gegebenheiten in Nordhessen - gesichert; denn die Mehrheit der hiesigen Dozentinnen und Dozenten der HAB hatten ihren Aufgaben- und Arbeitsbereich in der Schulaufsicht oder im Studienseminar für berufliche Schulen in Kassel mit Außenstelle Fulda. Das war bereits vor Inkrafttreten des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (2011) **gelebte Lehrerbildung aus einem Guss**.

50 Jahre HAB kann auch heißen: **Hessische Anpassung** an sich rasant weiterentwickelnde verändernde Berufsprofile.

Ich habe Kurzschrift gelernt, Blindschreiben auf einer mechanischen Schreibmaschine, Fehlerkorrekturen mit Tipp-Ex auf drei Lagen Papier mit Blaupapier für Durchschläge. Ich habe Matrizen und Umdruckvorlagen für den Unterricht erstellt, war erfreut über ein Thermokopiergerät und musste mich in die Kollegenschlange am Fotokopierer anstellen, um zuerst nur in schwarz-weiß, später auch in farbig Klassensätze zu fertigen.

Wie schnell nahm z. B. die Sekretärin einen Kurzbrief in Steno auf, den ich heute selber schreiben muss und per E-Mail versende. Ein Leben mit der Arbeit heute, durch Smart-Phone u. a. mit dauernder Erreichbarkeit, verändert den Lebensalltag.

Entwicklungsprozesse, wie technischer Fortschritt und Internationalisierung der Märkte, führen zu steigenden Anforderungen an die Qualifikationen der Erwerbspersonen und an die zu entwickelnden Kompetenzen von Auszubildenden. Bereits heute zeichnet sich eine Tendenz zu steigender Komplexität in fast allen beruflichen Tätigkeiten ab. Der Umgang mit Medien und digitalen Kommunikationstechnologien ist Lebensalltag von Kindheit an. Die Informationsmenge ist seit Mitte der 70er Jahre um ein Vielfaches angestiegen und wird weiter rasant steigen (exponentielles Wachstum), die Menge von technischen Informationen verdoppelt sich momentan alle zwei Jahre. Sozialisation und Bildungsbiografien sind heterogener denn je!

Die Erkenntnisse der Neurowissenschaften belegen die Notwendigkeit einer sich wandelnden Lernkultur und Lebenskultur mit dem Blick auf den Menschen als lernendem Subjekt. Schwerpunkte des Lehrerhandelns werden damit Individualisierung, Differenzierung, Diagnose und individuelle Förderung sowie die Konstruktion kompetenzorientierter Aufgaben unter Berücksichtigung des beruflichen Handlungsfeldes (Hessisches Schulgesetz, 2011). →

Eine Abgrenzung von Theorie und (Fach-)praxis ist damit heute - hier bezogen auf die berufsbezogene Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung - für eine lernfeldbezogene kompetenzorientierte Lernprozessbegleitung in der beruflichen Bildung kaum mehr möglich.

Trotz dieser Entwicklung brauchen wir fachpraktischen Unterricht auch in der berufsbezogenen Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung, mit der Zielsetzung der Berufsorientierung, Berufsvorbereitung und Unterstützung von Jugendlichen bei der Informationssammlung über kaufmännische Berufe, dem Anbahnen von Kontakten mit Betrieben, der Begleitung von Praktika. Daneben haben unsere Fachlehrerinnen und Fachlehrer immer authentisch auf der Grundlage der eigenen Berufserfahrung zur Weiterentwicklung überfachlicher (sozialer und persönlicher Kompetenzen) unserer Schülerinnen und Schüler beigetragen. Fachlehrerinnen und Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer sind unentbehrlich in die Gestaltung von „Übergängen“ eingebunden, fördern die Netzwerkarbeit in der Region durch enge Kooperationen zwischen Schulen, Lehrkräften, Eltern, Wirtschaft und Verwal-

tung und anderen Akteuren im regionalen Umfeld. Die Mittelstufenschule mit Praxistagen an unseren beruflichen Schulen, PUSCH (Praktikum und Schule), InteA (Integration in Ausbildung und Arbeit), aber insbesondere die „gestufte Berufsfachschule“ fordern „fachpraktischen Unterricht“ nach wie vor heraus!

Allerdings sind Fachbedarf und eine entsprechende Stellenzuweisung Voraussetzung für Anerkennung und Wertschätzung der Aus- und Weiterbildungsarbeit der HAB über 50 Jahre hinweg.

Aus der Sicht eines Studienseminars für beruflichen Schulen gilt es **DANKE** zu sagen, DANK allen, die aktiv und/oder im Hintergrund die engagierte Arbeit der HAB getragen und unterstützt haben.

Das Wesen der Zeit besteht in der Veränderung der Dinge! Mathematisch ausgedrückt: **Die Zeit ist der Differentialquotient der Veränderung** (Helmut Nahr) und damit:

Beachte immer, dass nichts bleibt, wie es ist, und denke daran, dass die Natur immer wieder ihre Formen wechselt. (Marc Aurel) ←

Seniorentreffen 2015 in Bad Nauheim

VON ARNOLD GÜNDLING, EHRENVORSITZENDER

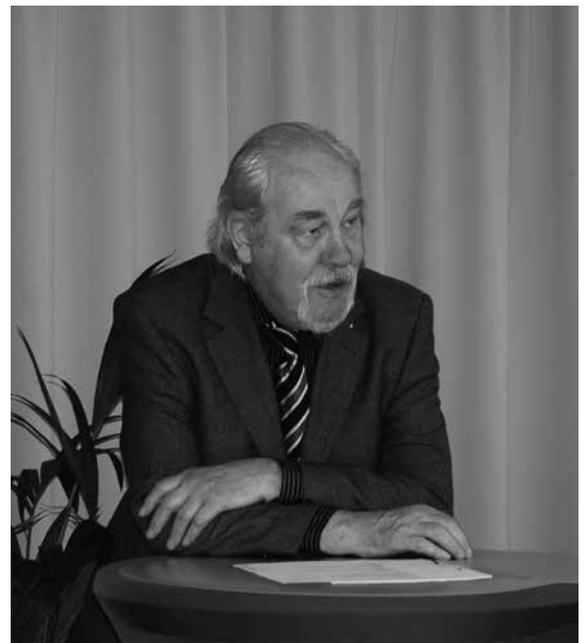
Fast ein Jubiläum. Am 12. und 13. Juni jährte sich zum 15. Male das mehrtägige Seniorentreffen. Fast 40 Seniorinnen und Senioren folgten der Einladung des glb nach Bad Nauheim, der weltbekannten Kurstadt in der Wetterau. Nach der Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch Barbara Schätz, der Beauftragten für Ruhestandsfragen im Landesvorstand, stand der Freitagnachmittag ganz im Zeichen von Architektur, Botanik, Geschichte und Ökonomie der Kurstadt.

In einem kurzweiligen, von einer Vielzahl von Anekdoten angereichertem Rundgang von fast drei Stunden mit dem Gästeführer Arno Sternitzke erfuhren wir, dass die Erfolgsgeschichte von Bad Nauheim auf zwei Säulen ruhte resp. ruht. Über 2400 Jahre, beginnend 400 v. Ch. bis 1959, wurde Salz gewonnen. Unter Einbeziehung der Gradierwerke wurde aus einer 3-prozentigen Sole eine 16-prozentige. Nach dem Sieden hatte man das kostbare Salz, nach dem überall in Europa eine rege Nachfrage bestand und dessen Verkauf gleichzeitig die Kassen des Fürstenhauses Hessen-Kassel regelmäßig füllte. Seit 180 Jahren ist Bad Nauheim darüber hinaus Kurbad. Einen nachhaltigen Eindruck hinterließ bei der Gruppe der imposante Kurpark mit seiner prächtigen Blickachse vom Jugendstilbahnhof zum Kurhaus über den Sprudelhof sowie den künstlichen angelegten Seen.

Geplant und umgesetzt wurde die Anlage von dem berühmten Frankfurter Gartenarchitekten Heinrich Siesmayer (1817 - 1900) um 1855. Zur Erinnerung: Heinrich Siesmayer hat auch den Palmengarten in Frankfurt sowie die Kurparks in Bad Homburg und Wiesbaden geschaffen. .

Der im Zentrum der Achse stehende Sprudelhof ersetzte um 1900 die im Fachwerkstil errichteten Badehäuser. Der Sprudelhof ist ein einzigartiges Jugendstilensemble. Auffallend sind die vielen Schmuckelemente mit Bezug zum Wasser als gesundheitsspendende Kraft wie Meerestiere, Nymphen, Nixen, Wellen und Kohlendioxidbläschen. Auch das Innere der 6 Badehäuser ist im Jugendstil gehalten. Zusammenfassend lässt sich festhalten: Alleine der Sprudelhof ist eine Reise nach Bad Nauheim wert.

Natürlich wurde während des Rundgangs durch unseren Führer auch auf die berühmtesten Gäste hingewiesen. Die den Kurgästen Kaiserin Sissi, Zarin Alexandra sowie Kaiserin Auguste Victoria wirbt Bad Nauheim mit dem Namen Drei-Kaiserinnen-Bad. Für eingefleischte Elvis Presley Fans ist Bad Nauheim die Kultstadt ihres Idols schlechthin. Von 1958 bis 1960 lebte Elvis Presley während seines Militärdienstes mit seiner Entourage in dieser Stadt. →



Nach dem kulturellen Teil der Veranstaltung am Nachmittag folgte am Abend der zweite Teil. Frau Studiendirektorin Margit Konrad berichtete von den Neuerungen und Änderungen an den Beruflichen Schulen in Hessen am Beispiel der kaufmännischen Schulen in Bad Nauheim. Ausführlich und fachkundig informierte sie die Anwesenden über die Erwartungen hinsichtlich der Weiterentwicklung der Schule hin zu einer selbständigen beruflichen Schule, insbesondere in Bezug auf ein Mehr an finanzieller Autonomie für die Schulgemeinde. Weiterhin wurde die Einführung und Zielsetzung des in der Schweiz entwickelten Qualitätsmanagementsystems Q2E als Ersatz für die Schulaufsicht ausführlich dargestellt. Auf Nachfrage von Anwesenden wurde jedoch deutlich, dass auch mit der Einführung von Neuerungen manche Probleme wie der dauerhafte Lehrermangel sowie die zunehmende zeitliche Belastung von Schulleitungen sowie Lehrkräften eher zunimmt. Strukturelle Mängel und fehlende Ressourcen können nicht durch Organisationsänderungen beseitigt werden. Mit viel Applaus und einem Geschenk des glb, das Frau Barbara Schätz überreichte, wurde Frau Konrad für ihren engagierten Vortrag verabschiedet.

Anschließend referierte Helmut Deckert, der Vorsitzende des Seniorenbeirats beim DBB über aktuelle Entwicklungen im Versorgungsrecht und Beihilferecht in Hessen. Nach der Darlegung, weswegen die Senioren beim Beamtenbund mehr Einfluss benötigen, kam der größte Wermutstropfen in seinem Vortrag. Dies war die Information, dass in diesem Jahr trotz aller Proteste die Versorgungsbezüge vom Parlament nicht erhöht werden und in den nächsten Jahren der Anstieg auf 1 Prozent gedeckelt wird. Alle Aktionen des DBB, die Pensionäre nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abzukoppeln, verliefen bis jetzt im Sande. Auch bei der Beihilfe stehen Verschlechterungen an. Die sogenannte Chefarztbehandlung sowie das Zweibettzimmer werden mit der Novellierung der Beihilfeordnung nicht mehr beihilfefähig sein. Will der einzelne Beamte darauf zukünftig nicht verzichten, so muss er einen Eigenanteil

leisten, dessen Höhe noch nicht feststeht.

Abschließend gab es von Helmut Deckert noch einen Ausblick und Überblick über die voraussichtlichen Ergebnisse des sogenannten Bildungsgipfels, der in den nächsten 10 Jahren den Schulfrieden gewährleisten soll. U. a. soll die einjährige Höhere Handelsschule abgeschafft werden, die Assistentenausbildung soll auf ihre Notwendigkeit hinsichtlich der Konkurrenzsituation mit der dualen Berufsausbildung überprüft werden und das Verfahren zur Bildung von Schulbezirksgrenzen für die Ausbildungsberufe soll ebenfalls novelliert werden. Aussagen zu den erforderlichen finanziellen Ressourcen wurden beim Bildungsgipfel nicht getätigt. Auch Herr Deckert wurde mit viel Beifall für seine profunden Ausführungen verbunden mit einem Geschenk, das ihm Frau Barbara Schätz im Namen des glb überreichte, verabschiedet.

Höhepunkt des Freitagabends war der Auftritt der verwitweten Frau Obergeringenieurin Wilhelmine Stockfisch, die in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg eine Pension in Bad Nauheim betreibt. Aus der Perspektive einer Gewerbetreibenden gewährte sie in hessischer Mundart einen Einblick in die Arbeitsbedingungen, Einkommen und sozialen Aufstiegschancen ihrer aus dem Vogelsberg stammenden Bediensteten, den Eigenarten der Hotelgäste sowie ein Stimmungsbild zur wirtschaftlichen Situation einer inhabergeführten Pension in Bad Nauheim. Die Begeisterung der Anwesenden über den authentischen Vortrag fand kein Ende.

Und als Sahnehäubchen gab es anschließend noch ein Gedicht unseres Mitglieds Wilhelm Schindewolf über das Altern. Die Treppenstufen werden höher, die Druckereien benutzen kleinere Buchstaben, der Schnee ist schwerer als früher und im Gegensatz zu früher studieren an den Universitäten heute Kinder. Ein Gedicht nicht nur zum Schmunzeln, sondern mit viel Tiefgang. Am Samstagvormittag standen der Besuch des Rosenmuseums und des Rosenbetriebs Rosenunion in Bad Nauheim-Steinfurth als krönender Abschluss der zweitägigen Veranstaltung auf dem Programm. Im Rosenmu-



seum tauchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die geheimnisvolle Welt der Königin aller Blumen ein. Überall wird die Rose verehrt. In der Liturgie u. a. mit dem Beten des Rosenkranzes, die Rosette in den gotischen Sakralbauten, in der bildenden Kunst, in der Literatur, in der Medizin und selbst im Konditorenhandwerk. Die Führung bei der Rosenunion unter Leitung des Geschäftsführers befasste sich im Schwerpunkt mit Informationen der Pflege von Rosen im eigenen Garten. Dazu gehörten: Auswahl von Rosensorten, richtiges **pflanzen, düngen und wässern, schneiden** der Rosen im Jahresablauf und das Bekämpfen von Krankheiten. Gleichzeitig hatten die Seniorinnen und Senioren eine Vielzahl von Fragen zu ihren Rosen mitgebracht, die alle sachkundig und umfassend geklärt wurden. Gegen die Mittagszeit endete das Seniorentreffen bei Sonnen-

schein, einer Tasse Kaffee und einem vorzüglich schmeckenden Stück Rosentorte, eingerahmt von Kletterrosen auf der Terrasse des Cafés im Rosenmuseum.

Dass die Seniorenveranstaltung auch dieses Jahr wieder ein Volltreffer war mit einem Programm, das inhaltlich und organisatorisch alle begeisterte, ist dem unerschöpflichen Elan der Seniorenbeauftragten Barbara Schätz sowie der Geschäftsstellenleiterin Renate Wolmer geschuldet. Ohne die beiden Macherinnen gäbe es das Seniorentreffen in dieser anspruchsvollen Form nicht. Die Organisatorinnen suchten mit langem Atem einen Tagungsort, erstellten ein Programm, engagierten die Referenten, handelten die Konditionen mit dem Hotel aus und rührten last but not least die Werbetrommel. Die hohe Anerkennung konnte man trefflich bei der herzlichen Verabschiedung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer von den beiden Organisatorinnen Schätz & Wolmer beobachten. Alle versprochen, zum 16. Seniorentreffen im nächsten Jahr wieder anzureisen. Und vielleicht kommen im nächsten Jahr einige Jungseniorinnen und Jungsenioren, die bis jetzt dem Glauben anhängen, dies sei ausschließlich eine Veranstaltung für Senioren mit Rollator. Ich kann nur sagen, alle die nicht in Bad Nauheim waren, haben wesentliche Dinge verpasst: Vor allem viele anregende Gespräche im Kreis der Ehemaligen.

Kreisverband Wiesbaden/Rheingau-Taunus

Mitgliederversammlung im Schlachthof

VON LUTZ VOLBRACHT

Am 7. Juli 2015 fand die glb-Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Rheingau-Taunus/Wiesbaden im legendären 60/40 auf dem Schlachthofgelände in Wiesbaden statt. Bei dieser Gelegenheit konnten sich die Mitglieder einen Überblick über das 60/40 in neuer Location im historischen Wasserturm verschaffen. Nebst prasselndem Kamin, der bei den sommerlichen 35 Grad im Schatten von den Mitgliedern nicht genutzt wurde, und schöner Biergartenkulisse liegt das

60/40 mit dem Kulturzentrum „Schlachthof“ ganz in der Nähe des Berufsschulzentrums sowie des Hauptbahnhofs und eignet sich daher hervorragend für Mitgliederversammlungen. Nachdem über die Entwicklung der Mitgliederzahlen und der Finanzen informiert wurde, wählten die Mitglieder einstimmig den neuen Kreisvorstand für die nächsten vier Jahre (Vorsitzender: Lutz Volbracht, Stellvertreter: Frank Michel, Kassierer: Peter Riegel, Schriftführerin: Julia Friebe, Pressewart: Daniel Jablonski).

Neben Informationen aus dem Gesamtpersonalrat sowie Berichten aus den örtlichen Personalräten beschäftigten sich die Mitglieder mit der Vorbereitung der Personalratswahlen im nächsten Jahr. Im Anschluss wurden die Delegierten und Ersatzdelegierten für die glb-Vertreterversammlung im April 2016 gewählt. Bei einem kühlen Weizenbier, das bei solchen Temperaturen natürlich alkoholfrei war, ließen die Mitglieder die Veranstaltung am frühen Abend gemütlich ausklingen. ←

In eigener Sache

Vervollständigung der Mitgliederdatensätze

Liebe Kollegin, lieber Kollege,
um Ihnen zeitnah und kostengünstig für Sie relevante Informationen über

- Veranstaltungen des glb (Seminare, Pensionärstreffen, Berufsschultag, Personalratsschulungen ...),
- Gesetzesänderungen (Beihilferecht, Besoldung, Tarifverhandlungen, Versorgungsrecht, Personalvertretungsgesetz ...)

zukommen lassen zu können, benötigen wir Ihre E-Mail-Adresse.

Ich bitte Sie, der glb-Geschäftsstelle Ihre E-Mail-Adresse mitzuteilen.

Bitte senden Sie eine Mail mit Ihrem Vor- und Zunamen und Ihrem Wohnort an glb.hessen@t-online.de.

Ihre E-Mail-Adresse wird nur für glb-interne Zwecke verwendet. Sie wird nicht an Dritte weitergegeben.

Wir bedanken uns für Ihre Kooperationsbereitschaft und Ihre Mithilfe, die Kosten für den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten.

Der Landesvorstand

Eine berufliche Schule stellt sich vor

Wilhelm-Knapp-Schule Weilburg

Schultyp: Selbstständige Berufliche Schule

Schulleitung Schulleiterin:
OStD'in Dr. Ulla Carina Reitz

Stv. Schulleiter:
StD Holger Schmidt

Abteilungsleiter (SLA):
I StD Stefan Jeanneaux- Schlapp
II StD Jürgen Merta
III StD Martin Petzsche
IV StD Jürgen Skiba

Koordination Fachpraxis:
Marianne Diehl

Lehrkräfte ca. 120 Personen und 69 Stellen

Schüler 1526 am 01.11.2014

Berufsfelder Bautechnik: Dachdecker/-in

Metalltechnik: Anlagenmechaniker/-in Feinwerkmechaniker/-in, Konstruktionsmechaniker/-in, Metallbauer/-in

Landwirtschaft, Natur, Umwelt: Forstwirt/-in

- Schulformen**
- Als Kooperationspartner der Mittelstufenschule Westerwaldschule Waldernbach deckt die Wilhelm-Knapp-Schule den berufsbezogenen Unterricht ab
 - Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung in Vollzeitform: Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und PuSch B
 - Zweijährige Berufsfachschule, die zum mittleren Abschluss führt mit den Berufsfeldern: Mechatronik, Medizinisch-technisch-krankenpflegerische Berufe und Wirtschaft und Verwaltung
 - Einjährige Höhere Berufsfachschule für Wirtschaft und Verwaltung (Höhere Handelsschule)
 - Fachoberschule, Schwerpunkt Wirtschaft und Verwaltung, in den Organisationsformen A und B; Schwerpunkt Umwelttechnik in der Organisationsform B (Schulversuch); Abschluss: Allgemeine Fachhochschulreife
 - Berufliches Gymnasium, Schwerpunkt Wirtschaft und Verwaltung, Umwelt; Abschluss: Allgemeine Hochschulreife/Abitur
 - klassische Berufsschule (BS) in Teilzeitform (Ausbildungsberufe siehe Berufsfelder)
 - Fachschule für Wirtschaft in Teilzeit und Vollzeit, Schwerpunkte: Finanzwirtschaft, Franchise, Marketing, Personal, Controlling; Abschluss: Staatliche Geprüfter Betriebswirt
 - Studienzentrum der Fachhochschule des Mittelstandes: für Studierende und Absolventen der Fachschule (Studienmodell 1 in 4 Semestern), berufsbegleitendes Teilzeitstudium für Abiturienten (Studienmodell 2 in 8 Semestern); Abschluss: Bachelor of Arts

- Besonderheiten**
- Selbstständige Berufliche Schule
 - Studienzentrum der Fachhochschule des Mittelstandes
 - Sieger Innovationspreis Berufliche Schulen 2014
 - Mitglied Hessencampus Limburg-Weilburg
 - ERP4school Projektschule
 - EBC*L - European Business Competence Licence
 - Fremdsprachenzertifikate

Unter 4 Augen mit der Schulleitung

Die Wilhelm-Knapp-Schule ist ein komplexes Gebilde aus sehr verschiedenen Schulformen, pädagogischen Ansätzen, methodischen und didaktischen Herausforderungen und unterschiedlichen Abschlüssen. Trotz dieser großen Heterogenität sind wir sehr stolz darauf, sagen zu können, dass wir uns alle - so verschieden wir auch sein mögen – hier zu Hause fühlen. Gerade diese Komplexität und Heterogenität macht uns stark. Die gute Atmosphäre an der Wilhelm-Knapp-Schule ist nicht zuletzt das Ergebnis langjähriger Entwicklungsarbeit, getragen von dem großen Engagement des Lehrerkollegiums und den entwicklungspolitischen Anstrengungen der Schulleitung, die es verstanden hat, die Bildungsprämisse „Kein Abschluss ohne Anschluss“ an unserer Schule Wirklichkeit werden zu lassen. Heute können wir den Jugendlichen in der Ober-

lahn-Region vom Hauptschulabschluss über das duale System bis hin zum Abitur zahlreiche Bildungsmöglichkeiten bieten. Mit der Fachschule für Betriebswirtschaft in Voll- und Teilzeitform schaffen wir darüber hinaus für die Menschen in der Region Limburg-Weilburg und zum Teil auch überregional Perspektiven im Bereich der beruflichen Weiterbildung mit dem Abschluss „Staatlich geprüfter Betriebswirt“. Am Studienzentrum der Fachhochschule des Mittelstands (FHM) an der WKS ist der akademischen Grad des Bachelors zu erwerben. Und hier erfährt man noch viel mehr über die Schule:

<http://www.wilhelm-knapp-schule.de>

<https://www.facebook.com/wksweilburg>

https://twitter.com/WKS_weilburg

<https://plus.google.com/117061235140631619450>

Wilhelm-Knapp-Schule Weilburg

Frankfurter Str. 39, 35781 Weilburg, Telefon: 06471-91880, Telefax 06471-7137
Schulleitung@wks-weilburg.de

dlh-Nachrichten IV-2015

VON JÜRGEN HARTMANN

Neues vom Bildungsgipfel Erlass Berufs- und Studienorientierung an allgemeinbildenden Schulen Aufgabengewinnung für das Zentralabitur Parallelangebot G8/G9 Vergabeverfahren A14 Beförderungsstellen Festlegung der Ferien in Hessen für die Jahre 2018 - 2024 Planungen bzgl. „Inklusiver Unterstützung“

Neues vom Bildungsgipfel

Der Kultusminister hat in seiner Presseerklärung vom 22.6.2015 den Bildungsgipfel vorzeitig zum Erfolg erklärt. Die einzelnen Arbeitsgruppen hatten bis zu diesem Zeitpunkt abschließend getagt und ihre Papiere zum letzten Gipfeltermin am 17. Juli eingereicht. In diesen allerdings wurden wichtige Fragen (wie die nach Ressourcen, Schulstruktur u. a. m.) ausgeklammert und in separaten Dokumenten in den Prozess eingebracht. Angesichts der gerade erfolgten Kürzungen in Gymnasialen Oberstufen und Grundschulen kann sich der dlh nicht vorstellen, dass viele Beteiligte ihre Zustimmung zum Abschlusspapier des Gipfels geben werden. SPD und LINKE haben schon angekündigt, das Papier nicht unterzeichnen zu wollen. Sogar der Philologenverband kündigte in seiner Pressemitteilung vom 29. Juni 2015 an, nur zu unterzeichnen, wenn die Landesregierung die Kürzungen für den Bereich der gymnasialen Oberstufen wieder zurücknehmen sollte.

Es bleibt bis zum 17. Juli abzuwarten, ob dieser Forderung nachgekommen wird. Sollte dies nicht so sein und die Ressourcenfrage ebenfalls nicht geklärt werden können, kann nur von einem Scheitern des Gipfels ausgegangen werden, weil viele Teilnehmer das Papier nicht unterzeichnen werden.

Erlass Berufs- und Studienorientierung an allgemeinbildenden Schulen

Zur Überraschung aller, soll o. g. Erlass ebenso wie die Richtlinien für die dienstliche Beurteilung der Lehrkräfte zum 1.8.2015 umgesetzt werden. Dies soll erfolgen, obwohl weder der Bildungsgipfel mit seiner entsprechenden AG abgeschlossen ist, noch die Verbände aufgefordert wurden Stellungnahmen einzureichen. Es drängt sich für den dlh der Verdacht auf, dass hier im Vorfeld kein breiter Konsens gesucht

wurde. Ohne möglichst große Transparenz haben Regelungen und Erlasse wenig Bestand, sie führen zu Unruhe und damit zur weiteren Erhöhung der ohnehin schon sehr hohen Arbeitsbelastung. Hier sei am Rande bemerkt, dass der Hessische Städtetag es im Rahmen des Ganztagschulbaus für unerlässlich hält, die Arbeitszeit der Lehrerschaft von der Pflichtstundenverordnung auf eine zeitliche Pflichtanwesenheit in der Schule umzustellen. Aus diesen Äußerungen wird zum wiederholten Male deutlich, dass die Lehrerinnen und Lehrer in Teilen der Gesellschaft keinen guten Ruf genießen und die oft so betonte Wertschätzung und Wichtigkeit des Lehrberufs zumeist nur Lippenbekenntnisse in Sonntagsreden sind. Der Hessische Städtetag sollte zunächst einmal seine Hausaufgaben machen und dafür sorgen, dass die Schulen in seinem Verantwortungsbereich adäquat ausgestattet sind. Dies ist nämlich seine primäre Aufgabe und nicht die, die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen noch weiter zu erhöhen.

Aufgabengewinnung für das Zentralabitur

Hier ging es u. a. darum, wie viele Aufgaben im Rahmen der Erhebung aus der Fläche eingereicht und wie viele davon für das Landesabitur verwendet wurden. Auch die Frage, ob und wie viele Aufgaben zurückgewiesen wurden und was mit den nicht verwendeten Vorschlägen geschehen sei, ist vom HPRL im Frühjahr dieses Jahres schriftlich bei der Dienststelle angefragt worden. Dies wurde zwischenzeitlich in einem ausführlichen Schreiben vom HKM beantwortet und exemplarisch auf die Aufgabengewinnung zum Landesabitur 2016 bezogen erläutert.

Die Aufgabengewinnung diene unter anderen Maßnahmen dazu, die breite Verankerung der Aufgabenkultur im Landesabitur mit der Unterrichtspraxis sicher zu stellen. Man weist darauf hin,

dass mit der Einführung des Landesabiturs Lehrkräfte in weiten Teilen von der Erstellung von Aufgaben für die schriftliche Prüfung entlastet wurden. Dies wird vom dlh bestätigt, er weist gleichzeitig darauf hin, dass die Erstellung und Durchführung von mündlichen Prüfungen und Präsentationen mittlerweile (durch eine weitere Prüfung) einen nicht zu unterschätzenden Mehraufwand für die Kolleginnen und Kollegen bedeuten. Weiterhin gibt er zu bedenken, dass durch Umstellungen hin zum Bundeszentralabitur in den nächsten Jahren weitere zusätzliche Mehrbelastungen auf die Kolleginnen und Kollegen zukommen. Wie es in der Praxis gehandhabt werden soll, wenn die Osterferien nicht mehr als Korrekturtag für die schriftlichen Abiturprüfungen zur Verfügung stehen, da sich in der KMK wohl auf Termine nach den Osterferien geeinigt wurde, ist zur Zeit noch nicht klar. Der dlh meint hier, dass in diesem Falle den Kolleginnen und Kollegen ausreichend Korrekturtag zur Verfügung gestellt werden müssen.

Interessierte Kolleginnen und Kollegen können erste Aufgaben des neuen Pools in den Fächern Deutsch, Englisch, Französisch und Mathematik unter folgendem Link einsehen: <https://www.iqb.hu-berlin.de/bista/abi>

Weiterhin führte die Dienststelle aus, dass allgemein davon ausgegangen werden könne, dass jede einzelne Fachkonferenz einer Schule nur in einem mehrjährigen Turnus mit der Erstellung von Aufgabenvorschlägen betraut werde. Insgesamt wurden mehr als 500 Aufgaben zum Landesabitur 2016 eingereicht. Die eingereichten Aufgaben gehen dann in die Fachkommissionen ein, die selten ganze Aufgaben für den zu erarbeitenden Vorschlag verwendet. Zumeist werden Aufgabenteile, Aufgabenansätze und Ideen für die weitere Bearbeitung verwendet. Zurückgewiesen mit der Bitte um Neuerstellung aufgrund erheblicher inhaltlicher und formaler Mängel wurden →

nur rund 20 Vorschläge. Eine weitere Verwendung der Vorschläge über das jeweilige Abiturjahr hinaus sei in vielen Fällen nicht gegeben, da u. a. ein starker Aktualitätsbezug aber auch der jeweilige Abiturerlass hierbei Einschränkungen mache. Grundsätzlich würden nicht verwendete Aufgaben in den Folgejahren unter den genannten Einschränkungen geprüft. Der dlh kann nur empfehlen, mit den Ressourcen der Kolleginnen und Kollegen schonend umzugehen. Ein ausufernder und verschwenderischer Umgang mit den Aufgaben wäre ein weniger gutes Signal an die Kolleginnen und Kollegen. Dies kann der dlh aber hier unter anderem wegen der in den Fachkommissionen angelegten und gepflegten Aufgabenpools nicht erkennen.

Parallelangebot G8/G9

Aus dem Ministerium wird verlautbart, dass der Modellversuch um weitere drei Jahre verlängert werden soll. In diesen weiteren drei Jahren solle weiteren Schulen ggf. die Umwandlung in eine Modellschule ermöglicht werden und das Parallelangebot in das Schulgesetz Eingang finden. In der Kritik des HPRL stand die etwas bessere Zuweisung für die Modellschulen, da hier nach Schulform getrennt zugewiesen wird und sich dies unter Umständen (je nach Einwahlverhalten der Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern) etwas günstiger auf die Zuweisung auswirkt. Im HPRL wurde in diesem Zusammenhang von „Luxuriöser Ausstattung“ der Modellschulen gesprochen. Allerdings kompensiert die etwas bessere Zuweisung bei weitem nicht die Mehrarbeit, die im Rahmen des Schulversuches anfällt. Der dlh ist der Auffassung, dass diese Ungleichbehandlung gegenüber den Schulen, die sich nicht in diesem Modellversuch befinden, begrenzt sein muss. Unter dem Aspekt der neuerlichen Kürzungen stellt der dlh fest, dass die Lehrerversorgung an vielen Schulen nunmehr unter die 104 % fällt, an manchen gar unter die 100 %, nimmt man die seitherige Versorgung als Grundlage für die Berechnung. Insofern befindet sich das Niveau der Versorgung fast wieder auf dem Level, auf dem es sich vor Einführung der 104 % „garantiert für jede Schule“ befand. Dies ist nach Auffassung des dlh fernab von luxuriös.

Im Zuge der Neuauflage des Schulversuchs möchte das HKM Verbesserungen erzielen, die aus den Erfahrungen der ersten drei Jahre gewonnen wurden. Dazu zählen u. a. Wegfall der Abfragepflicht vor Klasse 5 (Interessensbekundung), Modalitäten bzgl. der Klassenbildung bei weniger als 16 Schülerinnen und Schülern, Rückfall zu G8, falls keine G8-Klasse gebildet werden kann. Der dlh sieht eine Klassenbildung G8 mit einer geringen Schülerzahl als äußerst kritisch, wenn die dadurch verbesserte Zuweisung der Modellschulen zu Lasten aller anderen Schulen dieser Schulform geht.

Vergabeverfahren A14 Beförderungsstellen

Nach Vorgesprächen in einer Arbeitsgruppe ging es im Erörterungsverfahren nur noch um die entsprechenden Sockelbeträge, die den einzelnen Staatlichen Schulämtern verbleiben sollen. Durch dieses von der Dienststelle initiierte Verfahren soll eine möglichst große Transparenz bei der Vergabe der A14-Stellen an die einzelnen Schulen gewährleistet werden. An der zentralen Berechnung und Zuweisung ändere sich nichts, nur die Verteilung innerhalb der Staatlichen Schulämter wird hierbei festgelegt. Hintergrund war die teils starke Ungleichverteilung bei der gewünschten Quote von A13/A14 (60 %/40 %), die in nahezu keinem Schulamt eingehalten wurde (eher 70 %/30 %), und den Verteilungen zwischen den verschiedenen Lehrämtern. Der dlh begrüßt die Einführung dieses Verfahrens, um mehr Transparenz herzustellen. Ebenso erhofft er sich, dass man mittelfristig für die Kollegien die Quote von 60 %/40 % (A13/A14-Stellen) auch erreicht. Auch die Intention der Dienststelle, die Sockelbeträge, die dem Staatlichen Schulamt zur freien Verfügung verbleiben, relativ gering zu halten erscheint ihm vom Grundsatz her richtig, damit den Kolleginnen und Kollegen die Stellen auch direkt zugute kommen. Ob hier gegebenenfalls nachgesteuert werden muss, wird aus Sicht des dlh die Praxis zeigen.

Festlegung der Ferien in Hessen für die Jahre 2018 - 2024

Die Festlegungen wurden im HPRL erörtert. Der HPRL wies die Dienststelle darauf hin, dass die Zeiträume zwischen Winter- und Osterferien bzw. Oster- und

Sommerferien in den Jahren 2021 und 2024 unausgewogen sei. Der HPRL schlug deshalb vor, die Osterferien in diesen Jahren jeweils um eine Woche nach hinten zu verschieben. Das HKM nahm den Hinweis freundlich auf, gab aber zu bedenken dass gerade im Zeitraum zwischen Oster- und Sommerferien bis zu vier Feiertage liegen könnten. Viele Schulen würden bewegliche Ferientage dort platzieren, so dass von den betroffenen Wochen nur noch halbe übrig blieben. Weiterhin schlug der HPRL vor, bei spätem Schuljahresbeginn den Beginn des 2. Schuljahres um eine Woche nach hinten zu verschieben.

Da der Landeselternbeirat ebenso in der Beteiligung ist, wird das HKM beide Vorschläge mit diesem erörtern.

Angemerkt wurde vom HPRL, dass im Jahr 2019 zwischen Oster- und Sommerferien nur knappe 9 Wochen liegen. Das HKM verwies darauf, dass die Termine der Sommerferien mit anderen Ländern in der KMK koordiniert werden müssten. Ihm sei die schwierige Situation bewusst, man habe sich in der KMK für einen weniger frühen Termin eingesetzt.

Planungen bzgl. „Inklusiver Unterstützung“

Zu einzelnen Tagesordnungspunkten (z. B. bei PuSch) wird in letzter Zeit öfters deutlich, dass die Erstaufnahme von Flüchtlingen auch in Hessen ein nur schwer zu bewältigendes Problem darstellt, das auch vor den Schulen nicht halt macht. Vor diesem Hintergrund sind vor Ort dann auch qualifizierte (DAF = Deutsch als Fremdsprache / DAZ = Deutsch als Zweitsprache) Personen gefragt, die die Flüchtlinge dann auch adäquat an den Schulen unterrichten können. So hatte der HPRL u. a. auch Weiterbildungsmaßnahmen vorliegen, über die verhandelt wurde.

Weiterhin gab es jüngst die Bitte des Kultusstaatssekretärs Manuel Lösel um Unterstützung bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen in Gießen. Da Helfer aus unterschiedlichen Berufsgruppen benötigt werden, könnten sich auch Lehrkräfte, die in der Verwaltung tätig sind, freiwillig abordnen lassen.



+++++ Ticker +++++

ZUSAMMENGESTELLT VON DR. CHRISTIAN LANNERT

Schulsozialarbeit: Kehrtwende im Lebenslauf

Flüchtlinge ohne Deutschkenntnisse, verurteilte Straftäter und traumatisierte Jugendliche gehen hier zur Schule. Wie die Don Bosco Berufsschule in Würzburg versucht, Schwächen in Stärken zu verwandeln. Geht das denn überhaupt?

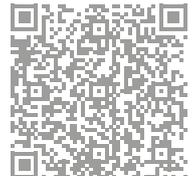
<http://www.faz.net/aktuell/beruf-chance/campus/schulsozialarbeit-kehrtwende-im-lebenslauf-13626184.html>



Neuanfang nach der Lehre Nur die Hälfte der Azubis bleibt im Beruf

Erst machen sie eine ordentliche Lehre, dann springen sie von Job zu Job: Nur 48 Prozent aller Azubis bleiben in dem Beruf, den sie gelernt haben. Dabei sind besonders krasse Wechsel schlecht fürs Einkommen.

<http://www.spiegel.de/karriere/berufsleben/nach-dualer-ausbildung-jeder-fuenfte-azubi-wechselt-beruf-a-1029827.html> <http://www.spiegel.de/forum/schulspiegel/plaedoyer-ich-bin-lehrer-verbeamtet-und-das-ist-auch-gut-so-thread-249110-1.html>



Schul- und Bildungsreform: Goethe statt Google!

Kisslers Konter: Sogenannte „Soft skills“ werden in der Schule immer wichtiger. Inhalte treten dagegen mehr und mehr in den Hintergrund. Ein Raubbau an der Bildung.

<http://www.cicero.de/salon/schul-und-bildungsreform-mehr-goethe-bitte-und-viel-weniger-google/59123>



„Schlechter Unterricht führt dazu, dass alle gleicher werden“

Es nutzt die schönste Schule nichts, wenn das Personal nichts von seinem Job versteht: Unterrichtsforscher Andreas Gold über das, was erfolgreiche Pädagogen und guten Unterricht ausmacht.

<http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/erfolgreiche-lehrer-und-gute-schueler-darauf-kommt-es-an-13596523.html>



Denn Narzissmus hält ein Leben lang

Manche Eltern überschütten ihre Kinder mit Lob: Du bist so toll! Du kannst alles werden! Das soll Selbstbewusstsein bringen. Tut es aber nicht.

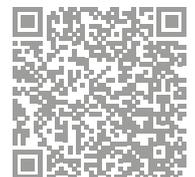
<http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/narzissmus-bei-kindern-entsteht-durch-die-eltern-13596312.html>



Antisemitismus an Schulen: "Du Jude, du Opfer!"

An deutschen Schulen gibt es keine antisemitischen Tendenzen – zumindest nicht offiziell erfasst. Die Wirklichkeit jedoch sieht anders aus: Feindselige Bemerkungen gehören mancherorts zum Alltag, jüdische Lehrer verheimlichen ihre Religion. Und vermissen Rückhalt von Kollegen und Schulleitung.

http://www.deutschlandfunk.de/antisemitismus-an-schulen-du-jude-du-opfer.1773.de.html?dram:article_id=320083



Neues Design für lehrerforen.de

Eines der umfangreichsten Foren für Lehrerinnen und Lehrer präsentiert sich nach einem Software-Update in neuem Design und mit neuen Funktionen.

<http://www.lehrerforen.de/>



Kuba: Die Revolution frisst ihre Lehrer

Die kubanische Regierung brüstet sich seit Jahrzehnten mit dem kolossalen Bildungssystem des Landes. Dabei werden Lehrer sehr schlecht bezahlt: Ein kubanischer Kollege verdient 21,70 Euro im Monat.

<http://www.sueddeutsche.de/bildung/bildung-auf-kuba-die-revolution-frisst-ihre-lehrer-1.2445620>

